



Rathaus Umschau

Freitag, 8. November 2019

Ausgabe 213

ru.muenchen.de

*Als Newsletter oder per WhatsApp
unter [muenchen.de/ru-abo](https://www.muenchen.de/ru-abo)*

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Bürgerangelegenheiten	3
Meldungen	3
› OB Reiter gratuliert Hans Magnus Enzensberger zum 90. Geburtstag	3
› Erneut positive Jahresbilanz im Wohnungsbau	4
› Erprobung von Trixi-Spiegeln gegen Lkw-Abbiegeunfälle startet	5
› Georg Elser-Preis für Seenotretter Michael Buschheuer	6
› Herbert Kapfer erhält den Tukan-Preis für sein Buch „1919. Fiktion“	6
› Münchner Stadtbibliothek ab 2020 überall samstags geöffnet	7
› Erstmals Galerien und Off-Spaces ausgezeichnet	8
› Köln und München fördern gemeinsam Tanzkompanie	8
› Erstmalige Vergabe der Popmusik-Programmförderung	10
› Stadtteilkultur wird weiter gestärkt	10
› Gleichstellung bringt's: Kulturreferat intensiviert Engagement	11
› Zehntes Literaturfest München wird eröffnet	13
› Stromsparprämie: Rund 6.000 Haushalte schützen aktiv das Klima	13
› Infoveranstaltung zu Fördermöglichkeiten für Handwerksbetriebe	14
› Baureferat saniert Weg im Westpark	16
› Vorwegmaßnahmen an der Ludwigsbrücke	16
Baustellen aktuell	17
Antworten auf Stadtratsanfragen	19
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	

Terminhinweise für Medien

Wiederholung

Samstag, 9. November, 19 Uhr, Festsaal des Alten Rathauses

Anlässlich des Gedenkakts für das Novemberpogrom von 1938 spricht Oberbürgermeister Dieter Reiter ein Grußwort. Professor Dr. Dr. Michel Friedman, Jurist, Philosoph und Publizist, hält die Gedenkrede. Die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Dr. h.c. Charlotte Knobloch, spricht ein Schlusswort.

Achtung Redaktionen: Für den Gedenkakt im Alten Rathaus ist eine Akkreditierung notwendig. Pressekontakt: Pressestelle der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Richard Volkmann, Telefon 202400-116, E-Mail presse@ikg-m.de.

Wiederholung

Montag, 11. November, 12 Uhr, neuer Ort: Kleiner Parkplatz, Landschaftstraße/Ecke Dienerstraße (gegenüber Landschaftstraße 1)

Oberbürgermeister Dieter Reiter plakatiert zum Start der Kampagne „Für mich. Für München. Kommunalwahl 2020“ das erste Motiv der aktuellen Plakatserie. Ziel der Informationskampagne der Fachstelle für Demokratie ist es, über die Kommune als Ort der politischen Willensbildung aufzuklären und Lust auf Demokratie, Teilhabe und Wählen zu machen.

Der Termin ist insbesondere auch für Foto- und TV-Aufnahmen geeignet.

Wiederholung

Montag, 11. November, 18 Uhr, Ratstrinkstube

Stadträtin Katrin Habenschaden (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) begrüßt in Vertretung des Oberbürgermeisters den Bundesverband mittelständischer Wirtschaft bei einem Stehempfang.

Mittwoch, 13. November, 13 Uhr, Museum Fünf Kontinente, Maximilianstraße 42

Bürgermeisterin Christine Strobl überbringt am Fachtag zum 30-jährigen Jubiläum von Donna Mobile AKA e. V. die Grußworte der Landeshauptstadt. Die Arbeitsschwerpunkte bei Donna Mobile AKA e. V. liegen in der Gesundheitsförderung und Prävention sowie der beruflichen Qualifizierung von Migrantinnen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die interkulturelle Altenarbeit. Der Fachtag beginnt um 10 Uhr.



Mittwoch, 13. November, 18 Uhr, Literaturhaus

Stadträtin Dr. Evelyne Menges (CSU-Fraktion) überreicht langjährigen Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr die Medaille „München leuchtet – Den Freundinnen und Freunden Münchens“.

Mittwoch, 13. November, 19 Uhr, Gasteig, Carl-Orff-Saal, Rosenheimer Straße 5

Oberbürgermeister Dieter Reiter spricht zur Eröffnung des 10. Literaturfests München. Timothy Garton Ash, der britische Historiker und profunde Kenner der deutsch-deutschen Geschichte, tritt als Keynote-Speaker auf. Ingo Schulze, der Kurator des forum:autoren, und die Journalistin Susanne Koelbl diskutieren unter der Moderation der SZ-Feuilleton-Leiterin Sonja Zekri über die Folgen der Zeitenwende von 1989 für Europa und die Welt. Koelbl blickt auf den „Arabischen Frühling“ und stellt das von ihr initiierte „Poetry Project“ vor. In eindrücklichen Gedichten schildern geflüchtete Jugendliche ihre Erwartungen an das „europäische Paradies“. Die deutschen Fassungen trägt Schauspielerin Cathrin Störmer vor. Literaturfest-Geschäftsführerin Tanja Graf führt durch den Abend, musikalische Akzente setzt das Max Grosch-Jazz-Trio. Die Eröffnung findet mit geladenen Gästen statt.

Achtung Redaktionen: Akkreditierungen zur Eröffnungsveranstaltung bitte per E-Mail an presse@litmuc.de.

(Siehe auch unter Meldungen)

Bürgerangelegenheiten

Samstag, 16. November, 14 bis 15.30 Uhr, BA-Geschäftsstelle Mitte, Tal 13 (rollstuhlgerecht)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 1 (Altstadt-Lehel). Während dieser Zeit besteht auch die Möglichkeit, sich telefonisch unter der Nummer 0170-4834725 an den Bezirksausschuss zu wenden.

Meldungen

OB Reiter gratuliert Hans Magnus Enzensberger zum 90. Geburtstag

(8.11.2019) Oberbürgermeister Dieter Reiter gratuliert Dr. Hans Magnus Enzensberger zum bevorstehenden 90. Geburtstag: „Er hat die Nase im

Wind', so sprach sich Jürgen Habermas einmal anerkennend über Sie aus. Als – wie der Münchner Merkur Sie nannte – ‚berühmtestem Intellektuellen‘ Deutschlands wird es Ihnen zu Ihrem Geburtstag nicht an hymnischen Würdigungen und Gratulationen fehlen. Dabei verzichte ich jedoch auf die Aufzählung Ihrer besten Werke, schon allein deswegen, um keine Graduierung vornehmen zu müssen. Lyriker sind Sie zuvorderst. Ein begnadeter Essayist und (nahezu) allwissender Enzyklopädist. Ein wagemutiger Verleger und großartiger Übersetzer. Aber auch Librettist, Zeitschriften-Gründer, Erfinder des Poesie-Automaten und Kosmopolit. Unbestritten einer der einflussreichsten und weltweit bekanntesten deutschen Intellektuellen. Dabei blieben sie streitbar, immer überraschend, souverän und dem Zeitgeist voraus.

Unter den zahlreichen ranghohen Auszeichnungen, die Sie bereits in Ihrem Leben erhalten haben, findet sich auch der Kulturelle Ehrenpreis, der Ihnen durch meinen Vorgänger im Namen der Landeshauptstadt München überreicht wurde. Es ehrt uns sehr, Sie unter den Trägerinnen und Trägern dieser herausragenden Auszeichnung zu wissen.

Ihr Ehrentag bietet mir die willkommene Gelegenheit, Ihnen zu danken für ein einzigartiges Werk, das ein Stück Literaturgeschichte ist und ein Schatz für Ihre Leser. Ich wünsche Ihnen weiterhin alles Gute, vor allem Glück, eine stabile Gesundheit und persönliches Wohlergehen.“

Erneut positive Jahresbilanz im Wohnungsbau

(8.11.2019) Bereits über 8.000 genehmigte Wohnungen für das Jahr 2019 – damit zeichnet sich für die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau wieder ein sehr gutes Ergebnis ab, auch wenn die extrem überdurchschnittlichen Rekordwerte von 2017 und 2018 nicht wieder erreicht werden. Der Trend aber ist eindeutig: Betrachtet man die Durchschnittszahl der Baugenehmigungen in den letzten zehn Jahren, so ist diese enorm gestiegen. Die Zahl der Genehmigungen hat sich im Zeitraum 2009 bis 2018 um ein Drittel (rund 30 Prozent) gegenüber dem Vergleichszeitraum 1999 bis 2008 erhöht. Zieht man die letzten fünf Jahre als Vergleichszeitraum heran, liegt der jährliche Durchschnittswert mit über 10.000 genehmigten Wohneinheiten pro Jahr sogar um rund 60 Prozent höher als im Zeitraum 1999 bis 2008.

2017 und 2018 stellen innerhalb dieses positiven Trends die Rekordwerte mit 13.475 beziehungsweise 12.581 genehmigten Wohneinheiten dar und sind bisher die besten Ergebnisse seit Erhebung der Baugenehmigungszahlen. Auch wenn diese sehr erfreulichen Rekordwerte nicht ständig wiederholbar sind, da die Anzahl der Bauanträge ebenso wie die Anzahl an Wohneinheiten innerhalb der Bauanträge schwankt, so ist auch für 2019 wieder ein sehr gutes Ergebnis zu erwarten – eventuell könnten die Marke 10.000 bis Ende des Jahres geknackt und somit sogar die Jahre 2014 bis 2016 (8.563/8.445/9.660) übertroffen werden.

Erprobung von Trixi-Spiegeln gegen Lkw-Abbiegeunfälle startet

(8.11.2019) Die einjährige Testphase zur Wirksamkeit von Trixi-Spiegeln gegen Lkw-Abbiegeunfälle ist gestartet. Seit heute gibt es für Lastwagen, die von der Arnulfstraße nach rechts in die Paul-Heyse-Unterführung abbiegen, als zusätzliche Hilfe zwei Trixi-Spiegel. Sie sollen den toten Winkel beim Anfahren und Abbiegen besser einsehbar machen. Auch an der Ausfahrt der Paul-Heyse-Unterführung nach rechts in die Arnulfstraße Richtung Hauptbahnhof sind jetzt Trixi-Spiegel montiert.

Kreisverwaltungsreferent Dr. Thomas Böhle: „Jeder Mensch, der auf Münchens Straßen zu Schaden kommt, ist ein Mensch zu viel. Es ist tägliche Aufgabe der Stadtverwaltung, Gefahrenstellen zu beseitigen. Das Anbringen von Trixi-Spiegeln an ausgewählten Kreuzungen ist ein Beitrag dazu.“ In den kommenden Wochen montiert das Baureferat jeweils auf Anordnung des Kreisverwaltungsreferates weitere Spiegel. Insgesamt sind 100 Trixi-Spiegel im ganzen Stadtgebiet geplant. Grundlage ist ein Stadtratsbeschluss vom Juni. Das Kreisverwaltungsreferat hat zusammen mit Polizei, Baureferat, Bezirksausschüssen und einem dafür beauftragten Gutachter, Unfallforscher Dr. Wolfram Hell vom Institut für Rechtsmedizin der Ludwig-Maximilians-Universität, eine Liste von Standorten erarbeitet. Die nächsten Montageorte sind Lasalle-/Triebstraße, Pappenheimer-/Marsstraße, Wrede-/Marsstraße, Ungerer-/Schenkendorfstraße, Seidl-/Arnulfstraße, Schleißheimer Straße/Frankfurter Ring, Landshuter Allee/Arnulfstraße und Würmtal/Fürstenrieder Straße. Weitere Standorte folgen Schritt für Schritt.

Um saisonale und witterungsbedingte Einflüsse zu berücksichtigen, werden die Wirkung der Spiegel und die Erfahrungen von Verkehrsteilnehmern, Polizei und Baureferat über den gesamten Verlauf eines Jahres erhoben und gutachterlich ausgewertet. Die Ergebnisse und daraus resultierende Empfehlungen werden dem Stadtrat Anfang 2021 zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt.

„Mindestens ebenso wichtig wie der Test von Verkehrsspiegeln ist die verpflichtende Einführung von Abbiegeassistenten für Lkw. Außerdem fordern wir künftig auch von Auftragnehmern der Landeshauptstadt, dass ihre Lastwagen – wenn möglich – mit Abbiegeassistenten ausgestattet sind. Zusätzlich setzt sich die Stadt beim Bund mit Nachdruck für eine schnellstmögliche verpflichtende Einführung von Abbiegeassistenten bei Lkw ein“, betont Kreisverwaltungsreferent Dr. Thomas Böhle.

Die Landeshauptstadt selbst besitzt rund 800 eigene Lkw. Etwa 90 Prozent des städtischen Lkw-Fuhrparks über 7,5 Tonnen sind mit Abbiegeassistenten oder Kamerasystemen ausgestattet. Der Rest sind in naher Zukunft zu ersetzende Altfahrzeuge oder Einsatzfahrzeuge der Branddirektion, die aber mit einem Beifahrer besetzt sind. Auch alle Müllfahrzeuge des Abfall-

wirtschaftsbetriebs sind bereits mit einem Kamerasystem ausgerüstet. Die Nachrüstung des städtischen Fuhrparks mit Abbiegeassistenzsystemen gemäß der Förderrichtlinie des Bundes läuft.

Kreisverwaltungsreferent Dr. Thomas Böhle: „Mit großem Interesse verfolgen wir auch die Maßnahmen anderer Städte. Wien plant ein Rechtsabbiegeverbot für Lkw ohne Abbiegeassistent. Das ist allerdings nur aufgrund einer Novelle der österreichischen Straßenverkehrsordnung möglich.“ Ziel ist es, Gefahrenstellen frühzeitig zu erkennen und zu entschärfen, bevor etwas passiert. In Stockholm arbeitet die Stadt mit einer Software, die vorab berechnen kann, wo etwas passieren könnte und wo Gefahrenschwerpunkte sein könnten. Im Zuge des neuen Verkehrssicherheitskonzepts bereitet das Kreisverwaltungsreferat derzeit den Kauf einer vergleichbaren Software vor.

Georg Elser-Preis für Seenotretter Michael Buschheuer

(8.11.2019) Mit dem diesjährigen Georg-Elser-Preis würdigt die Landeshauptstadt München das zivilcouragierte Werk von Michael Buschheuer. Michael Buschheuer gründete im Herbst 2015 die gemeinnützige Organisation Sea-Eye e.V. Seit 2016 versucht er, gemeinsam mit seinem Team und eigens für die Seenotrettung umgerüsteten Schiffkuttern schiffbrüchige Geflüchtete auf ihrem gefährlichen Seeweg nach Europa vor dem Ertrinken zu retten. Die Vergabe hat der Kulturausschuss des Stadtrats jetzt auf Empfehlung einer Jury beschlossen. Die ausführliche Begründung und Besetzung der Jury ist unter <https://t1p.de/elser2019> abrufbar.

Mit dem seit 2013 alle zwei Jahre von der Stadt München vergebenen Georg-Elser-Preis sollen vor allem Menschen ausgezeichnet werden, die sich gegen undemokratische Strukturen, Organisationen und Entwicklungen auf ganz individuelle Weise zur Wehr setzen, die für Schwache eintreten, welche selbst keine Stimme haben und die rechtsextremen Tendenzen entgegentreten. Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert.

Herbert Kapfer erhält den Tukan-Preis für sein Buch „1919. Fiktion“

(8.11.2019) Der diesjährige Tukan-Preis der Landeshauptstadt München wird an Herbert Kapfer für sein Buch „1919. Fiktion“ vergeben. Der Autor und langjährige Hörspielchef des Bayerischen Rundfunks spiegelt darin in einer Collage in eindrucksvoller Weise das Revolutions- und Wendejahr 1919 wider. Die Vergabe hat der Kulturausschuss des Stadtrats jetzt auf Empfehlung einer Jury beschlossen. Die öffentliche Preisverleihung findet am Dienstag, 17. Dezember, um 19 Uhr im Literaturhaus statt.

Der mit 6.000 Euro dotierte Tukan-Preis zeichnet alljährlich eine sprachlich, formal und inhaltlich herausragende literarische Neuerscheinung aus. In die Auswahl kommen alle belletristischen Veröffentlichungen von Münchner

Autorinnen und Autoren. 61 Bücher wurden in diesem Jahr von der Jury besprochen und bewertet.

Zur ausführlichen Begründung der Vergabe an Herbert Kapfer und zur Besetzung der vorberatenden Jury siehe <https://t1p.de/tukan>.

Achtung Redaktionen: Bei Rückfragen steht die Pressestelle des Kulturreferats unter Telefon 233-26005 oder per E-Mail an presse.kulturreferat@muenchen.de zur Verfügung.

Münchner Stadtbibliothek ab 2020 überall samstags geöffnet

(8.11.2019) Die Münchner Stadtbibliothek wird ab dem 11. Januar 2020 an allen Standorten am Samstag geöffnet sein. Nach einer erfolgreichen Pilotphase 2016/2017 in sechs Stadtteilen hatte der Stadtrat einer Ausweitung der Samstagsöffnung auf alle Stadtteilbibliotheken in zwei Phasen zugestimmt. In der letzten Runde kommen nun nach aktuellem Beschluss des Stadtrats ab 2020 die Standorte Fürstenried, Hadern, Ramersdorf, Milbertshofen, Allach-Untermenzing, Westend sowie Bogenhausen hinzu. Kulturreferent Anton Biebl: „Die Münchner Stadtbibliothek wird an ihren zahlreichen Standorten insgesamt fünf Millionen mal im Jahr frequentiert. Zudem verzeichnet sie drei Millionen digitale Besuche. Sie beweist, dass sie in jeder Hinsicht ein ‚Ort für alle‘ ist. Als Treffpunkt und als Institution, die den digitalen Wandel mitgestaltet. Die Münchner Stadtbibliothek stellt sicher, dass alle Zugang zu Bildung haben.“

Dr. Arne Ackermann, Direktor der Münchner Stadtbibliothek: „Mit den veränderten Servicezeiten reagieren wir auf die Bedürfnisse der Bevölkerung. Bereits in der Pilotphase war der Zuspruch enorm und hat uns bestärkt, überall die Samstagsöffnung einzuführen. Als Bibliothek wollen wir in einer zunehmend digitalen Welt ein künftig noch besser zugänglicher analoger Ort sein. Wenn wir am 13. Dezember in Fürstenried einen Bibliotheksneubau eröffnen, werden wir dort exemplarisch zeigen, wie wir unseren Auftrag in Zukunft verstehen. Seien Sie gespannt!“

Um den Qualitätsanspruch und die veränderten Öffnungszeiten in Einklang zu bringen, wurden vom Stadtrat in den letzten drei Jahren insgesamt 20 Stellen genehmigt. Damit kann auch sichergestellt werden, dass die Beschäftigten für die Wochenendarbeit einen adäquaten Zeitausgleich erhalten.

Ab 11. Januar sind alle Münchner Stadtteilbibliotheken Dienstag bis Freitag von 10 bis 19 Uhr und am Samstag von 10 bis 15 Uhr geöffnet. Montags sind die Stadtteilbibliotheken nur nach Terminvereinbarung zugänglich. Sie bieten an diesen Tagen spezifische Angebote beispielsweise für Schulklassen, Hortgruppen und Kitas an.

Die Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig ist wie bisher montags bis freitags von 10 bis 19 Uhr und am Samstag von 11 bis 16 Uhr geöffnet. Die

Monacensia im Hildebrandhaus öffnet unverändert von Montag bis Mittwoch und am Freitag von 9.30 bis 17.30 Uhr, am Donnerstag von 12 bis 19 Uhr.

Außerhalb der Öffnungszeiten ist die „Onleihe München“ digital für Kundinnen und Kunden rund um die Uhr verfügbar.

Erstmals Galerien und Off-Spaces ausgezeichnet

(8.11.2019) Zum ersten Mal zeichnet die Landeshauptstadt München Galerien und Off-Spaces für ihr Engagement im Bereich der zeitgenössischen Kunst aus. Die insgesamt sechs Preise in Höhe von jeweils 7.500 Euro gehen an die Galerien Sperling, Galerie Jo van de Loo, Deborah Schamoni und die Nir Altman Galerie sowie an die beiden Off-Spaces Milchstraße und Weltraum. Gewürdigt wird deren besonderer Einsatz für Münchner Kunstschaffende. Mit ihrem Programm tragen die preisgekrönten Galerien und Off-Spaces zur Stärkung des Kunststandorts München bei. Die Vergabe hat der Kulturausschuss des Stadtrats jetzt auf Empfehlung einer Jury beschlossen. Die Verleihung erfolgt Anfang 2020.

Kulturreferent Anton Biebl: „Das künstlerische Profil und der Erfolg junger Kunstschaffender wird durch eine Galerienvertretung gestärkt, die Präsentation, Kontakte und professionelle Beratung bietet. Auch Off-Spaces, nicht-kommerzielle Orte für Kunstvermittlung, sind wertvoll für die Münchner Kunstszene und ihre überregionale Wahrnehmung. Unsere Preise würdigen Münchner Galerien und Off-Spaces, die sich durch ein besonderes Engagement für die zeitgenössische Kunst aus München auszeichnen.“ Die ausführliche Begründung für die Vergabe und die Jurybesetzung sind abrufbar unter <https://t1p.de/preise-galerien>.

Achtung Redaktionen: Für Rückfragen steht die Pressestelle des Kulturreferats unter Telefon 233-26005 oder per E-Mail an presse.kulturreferat@muenchen.de zur Verfügung.

Köln und München fördern gemeinsam Tanzkompanie

(8.11.2019) Die Landeshauptstadt München kooperiert mit den Städtischen Bühnen Köln, um die wegweisende Tanzkompanie „Ballet of Difference“ des Choreographen Richard Siegal zu fördern. Von 2019 bis 2021 stellt München 350.000 Euro zur Verfügung. Das Muffatwerk, das Siegal von Anfang an unterstützt hat, ist in München auch weiterhin sein Partner, stellt Räume zur Verfügung und kofinanziert die Tanzkompanie mit 30.000 Euro. Köln steuert neben Produktionsmöglichkeiten 500.000 Euro bei. Vom Land Nordrhein-Westfalen (NRW) kommen aus dem Programm „Neue Wege. Kommunale Theater und Orchester in NRW“ zudem 905.000 Euro sowie von der Kunststiftung NRW 200.000 Euro. Das Kulturreferat der Stadt München wird mit dem Freistaat Gespräche aufnehmen, um auch von hier

Unterstützung für das „Ballet of Difference“ zu erhalten. Die Kompanie trägt maßgeblich zur überregionalen und internationalen Positionierung Münchens als Tanzstadt bei.

Kulturreferent Anton Biebl: „Wenn aus unserer Tanzförderung ein solches Ausnahmeprojekt wie Richard Siegals ‚Ballet of Difference‘ hervorgeht, wollen wir es nachhaltig sichern. Das ist uns mit einer neuen Kooperation gelungen, die wir gemeinsam mit den Bühnen Köln entwickelt haben. Erfolgreiche künstlerische Ansätze brauchen angemessene Rahmenbedingungen. Die haben wir nun gemeinsam geschaffen. Ich danke dem Stadtrat, der unseren Vorschlag bewilligt hat.“

Zehn Jahre hatte der ehemalige Forsythe-Tänzer Richard Siegal seinen Arbeitsschwerpunkt in München. Seine Soli und Gruppenstücke wurden unter anderem von der Tanzbiennale DANCE, vom Muffatwerk und vom Bayerischen Staatsballett produziert. Das international besetzte „Ballet of Difference“ hat er im Jahr 2016 gegründet. Es spiegelt tänzerisch und in seiner Zusammensetzung den ästhetisch vielseitigen Ansatz Siegals wider. Der Tänzer und Choreograph ist zugleich Tanztheoretiker und Medienforscher, er arbeitet stets interdisziplinär. Bereits ab 2010 erhielt er die sogenannte Optionsförderung der Landeshauptstadt München in Höhe von 55.000 Euro, zuletzt die Höchstsumme in Höhe von 100.000 Euro. Diese Form der Förderung soll vor allem Freiraum und Zeit für die künstlerische Weiterentwicklung ermöglichen. 2013 erhielt er den Tanzpreis der Stadt München, der mit 10.000 Euro dotiert ist.

Im Jahr 2018 hat die Kooperation mit den Städtischen Bühnen Köln begonnen, aus der das Stück „Roughhouse“ hervorgegangen ist. Es wurde anschließend in München beim Festival DANCE 2019 gezeigt. Aus dieser erfolgreichen Zusammenarbeit hat sich eine weiterführende Kooperation entwickelt. Die Produktions- und Präsentationsbedingungen der beiden Städte München und Köln ergänzen sich, sodass das „Ballet of Difference“ in beiden Städten seine Basis haben wird.

Das hochkarätig besetzte „Ballet of Difference“ begeistert das Publikum in beiden Städten und weit darüber hinaus. Richard Siegal und seine Kompanie touren derzeit mit ihrer Produktion „New Ocean“ durch Italien und Österreich. Am 19. und 20. September 2020 wird das Stück, das bereits bei DANCE 2019 in München aufgeführt wurde, wieder im Prinzregententheater zu sehen sein. Infos zur Kompanie unter www.balletofdifference.com.

Achtung Redaktionen: Bei Rückfragen ist die Pressestelle des Kulturreferats unter Telefon 233-26005 oder per E-Mail an presse.kulturreferat@muenchen.de erreichbar.

Erstmalige Vergabe der Popmusik-Programmförderung

(8.11.2019) Zum ersten Mal reicht die Landeshauptstadt München im Bereich der Popmusik Mittel zur Förderung von Konzertreihen in kleinen Musiklocations und von Musikfestivals abseits des sogenannten Mainstreams aus. Mit jeweils 10.000 Euro werden das Projekt „Comecerts“ von Adam Langer und das „aussen.welt Festival“ von Mirca Lotz gefördert. Die „Zombie Sessions“ von Lukas Steigerwald und das „Queer-feministische Festival“ von Anne Wedekind erhalten eine Unterstützung in Höhe von jeweils 5.000 Euro. Über die Vergabe hat der Kulturausschuss in seiner Sitzung jetzt auf Empfehlung einer Jury beschlossen. Die vorab erfolgte Ausschreibung richtete sich an alle Genres der Popmusik. Zudem ermöglicht das Kulturreferat erstmalig in diesem Jahr durch seine Förderung aus dem Etat für Musik, dass bei dem aktuellen Festival Sound of Munich Now den mitwirkenden Bands Honorare gezahlt werden können.

Kulturreferent Anton Biebl: „Seit einigen Jahren nehmen wir die Bedürfnisse der Popszene in den Blick bei unserer kommunalen Kulturförderung. Mir ist ein weiter Kulturbegriff sehr wichtig, denn wir wollen die kulturellen Bedürfnisse möglichst aller Menschen aufgreifen. In einem Hearing haben wir im Dezember 2018 Impulse aus der Popszene erhalten, auf die wir jetzt nach und nach eingehen. So werden nachhaltige Förderstrukturen zur Stärkung dieses Bereichs entstehen“

Aus dem Pop-Hearing ist auch die Einrichtung von Produktionsstipendien für Münchner Popmusikerinnen und -musiker hervorgegangen. Sie wurden erstmals im Frühjahr 2019 vergeben. Die Übernahme von Proberaum-Mieten, die Einrichtung der Fachstelle Pop im Feierwerk oder Qualifizierungsangebote hat das Kulturreferat bereits seit längerem als Fördermaßnahmen etabliert.

Die Begründungen für die Vergabe der Popmusik-Programmförderung und die Besetzung der Jury sind unter <https://t1p.de/pop> abrufbar.

Achtung Redaktionen: Weitere Informationen sind bei der Pressestelle des Kulturreferats unter Telefon 233-26005 oder per E-Mail an presse.kulturreferat@muenchen.de erhältlich.

Stadtteilkultur wird weiter gestärkt

(8.11.2019) In insgesamt 31 Kulturzentren in den Stadtteilen ermöglicht die Stadt ihren Bürgerinnen und Bürgern, vor Ort Kultur zu erleben und auch selbst kreativ tätig zu sein. Weitere sieben Häuser befinden sich im Bau oder in der Planung. Zudem koordiniert das städtische Kulturreferat Stadtteilkulturfestivals wechselnd und rollierend in den Stadtbezirken. Für die Betreuung der Häuser, der dort aktiven Vereine und die Durchführung der Festivals hat der Stadtrat dem Kulturreferat 1,5 zusätzliche Stellen und 130.000 Euro zusätzliche Sachmittel bewilligt. Insgesamt sind es dann 5,8

Stellen, die vorwiegend beraten, fördern und das Management der Stadtteilkulturhäuser unterstützen. Das Sachmittelbudget für die Stadtteilkultur beträgt ab 2020 in Summe 6,8 Millionen Euro. Die Zuschüsse an Stadtteilkulturvereine waren vom Stadtrat im Oktober um 250.000 Euro nach oben angepasst worden.

Die wachsende Stadt und die Erweiterung des stadtteilkulturellen Netzes bringen seit Jahren einen Aufgabenzuwachs vor Ort und im Kulturreferat mit sich. Zugleich steigen die qualitativen Anforderungen an die Stadtteilkulturarbeit. Während in den Anfangsjahren seit den 1970ern das ehrenamtliche Engagement im Vordergrund stand und die meisten Häuser einen Trägerverein hatten, erfordert der erfolgreiche Betrieb mittlerweile professionelles Kulturmanagement. Klassische Vereinsstrukturen lösen sich immer mehr auf, das Verständnis von Ehrenamt ist im Wandel und die Aufgabenprofile für die Träger von Kulturzentren verschieben sich. Gleichzeitig werden die Nutzungsbedürfnisse immer vielfältiger und verändern sich stetig, was eine laufende Weiterentwicklung der Kulturprogramme erforderlich macht.

Kulturreferent Anton Biebl: „Die kulturellen Bedürfnisse sind so verschieden wie die Menschen selbst. Die Stadtteilkulturzentren sind Orte, an denen ‚Kultur für alle von allen‘ stattfinden kann. Es sind demokratische Orte, an denen ein weiter Kulturbegriff gilt. Wir wollen die Häuser künftig noch mehr öffnen für eine immer diverser werdende Stadtgesellschaft. Im Hintergrund braucht es ein professionelles Kulturmanagement, um all denen, die sich dort engagieren, präsentieren oder aufhalten wollen, einladende Rahmenbedingungen zu ermöglichen.“

Das Kulturreferat begleitet die Eigenverwaltung der Kulturzentren bei der Bewältigung der Herausforderungen, bietet passende Qualifizierungsmaßnahmen an oder hilft bei Fragen rund um die Bewirtschaftung der Häuser. Bei der Planung und beim Bau neuer Zentren ist ebenfalls ein hoher personeller Einsatz erforderlich – im Stadtviertel und im Kulturreferat. Außerdem sollen neue Modelle erprobt werden, zum Beispiel „shared spaces“, also Räume, die mit anderen Nutzungen kombiniert werden. Diesen komplexer werdenden Anforderungen in der Stadtteilkultur kann mit der Stellenschaltung adäquat begegnet werden.

Achtung Redaktionen: Weitere Informationen zur Stadtteilkultur unter www.muenchen.de/stadtteilkultur oder bei der Pressestelle des Kulturreferats unter Telefon 233-26005 oder per E-Mail an presse.kulturreferat@muenchen.de.

Gleichstellung bringt's: Kulturreferat intensiviert Engagement

(8.11.2019) Das Kulturreferat der Landeshauptstadt kann seine Aktivitäten im Bereich der Gleichstellungsarbeit ausweiten. Der Stadtrat hat eine Er-

höhung der Sachmittel von 30.000 Euro auf insgesamt 80.000 Euro jährlich beschlossen. Ein Großteil fließt weiterhin in die Förderung von Kunst- und Kulturprojekten, die innovative Impulse für die Gleichstellung aller Geschlechter geben. 20.000 Euro werden für interne Maßnahmen eingesetzt, die Gender Mainstreaming befördern.

„Kultur kann einen wichtigen Beitrag für eine geschlechtergerechte Gesellschaft leisten. Das Spielen mit geschlechtlichen Zuschreibungen oder das Aufbrechen von tradierten Rollenverständnissen in der Kunst verändert Perspektiven. Und die Frage, ob alle gleichermaßen Zugang haben zu Kultur, zu Räumen, Fördermitteln oder Beratung müssen wir uns immer wieder stellen. Benachteiligende Strukturen müssen wir verändern, um echte Teilhabegerechtigkeit herzustellen“ erklärt Kulturreferent Anton Biebl.

„Wir senden wichtige Signale in die Bevölkerung, wenn wir uns programmatisch und auch ganz praktisch mit Gleichstellung auseinandersetzen. Im Lenbachhaus hat das Schaffen von Künstlerinnen mittlerweile seinen Platz in der lange von Männern dominierten Kunstgeschichte. Und in der Münchner Stadtbibliothek werden Jungen und Mädchen gleichermaßen und doch ganz spezifisch mit kindgerechten Angeboten angesprochen. Intern haben wir uns anlässlich #metoo einen Verhaltenskodex gegeben“, so Veronika Kirschner. Sie hat seit Mai 2019 die Position der Gleichstellungsbeauftragten des Kulturreferats inne, die im Eigenbetrieb Münchner Kammerspiele mit Viola Drewanz besetzt ist. Beide sind der städtischen Gleichstellungsstelle für Frauen unter der Leitung von Nicole Lassal fachlich zugeordnet. Seit 1993 berichtet das Kulturreferat dem Stadtrat regelmäßig über seine Initiativen und Erfolge zur Förderung der Gleichstellung aller Geschlechter. Neben dem Fokus auf die gezielte und unterstützende Künstlerinnenförderung in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, hat sich auch immer mehr der Gender Mainstreaming-Ansatz etabliert. Die Querschnittsaufgabe Gleichstellung wird von vielen Bereichen im Kulturreferat bereits sehr verantwortungsbewusst wahrgenommen. Beispielsweise wurden Jurys paritätisch besetzt.

Vorbildliche Ansätze sollen mit den neuen finanziellen Möglichkeiten noch stärker in die Breite oder nach außen getragen werden. Denn wie die Studie „Frauen in Kultur und Medien“ des Deutschen Kulturrates von 2016 unter anderem zeigt, gibt es immer noch starke Einkommensgefälle zwischen weiblichen und männlichen Kulturschaffenden oder Rollenklischees, die hinterfragt werden müssen.

Achtung Redaktionen: Weitere Informationen sind bei der Pressestelle des Kulturreferats unter Telefon 233-26005 oder per E-Mail an presse.kulturreferat@muenchen.de erhältlich.

Zehntes Literaturfest München wird eröffnet

(8.11.2019) Von Mittwoch, 13. November, bis Sonntag, 1. Dezember, gibt es wieder ein großes Fest rund um die Literatur: Das Literaturfest München jährt sich zum 10. Mal und die Münchner Bücherschau feiert ihr 60-jähriges Bestehen. Am Samstag, 16. November, findet die literarische Musiknacht „Books for Future“ mit namhaften Autorinnen und Autoren in der Muffathalle statt. Das komplette Programm des Literaturfests ist unter www.literaturfest-muenchen.de abrufbar.

Die Ausstellung „60 Jahre Münchner Bücherschau“ zeigt den Weg von einer Sortimentsschau der bayerischen Verlage hin zu einer der größten Buchausstellungen im deutschsprachigen Raum. Unter dem Motto „Das schöne Mysterium“ lädt die Bücherschau zu Entdeckungsreisen ein. Das Kinder- und Jugendprogramm nimmt in diesem Jahr insbesondere die Generation Z und ihre Bedürfnisse in den Fokus.

Auch der Geschwister-Scholl-Preis, der im Rahmen des Literaturfests vergeben wird, feiert ein Jubiläum: Bereits seit 40 Jahren wird er für ein Buch verliehen, das von geistiger Unabhängigkeit zeugt und dem verantwortlichen Gegenwartsbewusstsein wichtige Impulse gibt. Dieses Jahr wird der bis vor kurzem in der Türkei inhaftierte Autor Ahmet Altan ausgezeichnet für seine Texte aus dem Gefängnis.

Das diesjährige Programm forum:autoren hat der Autor Ingo Schulze kuratiert und gemeinsam mit dem Literaturhaus München entwickelt. 30 Jahre nach dem Mauerfall und den friedlichen Revolutionen von 1989/90 hat Schulze das Motto „Einübungen ins Paradies. Fragen an die Welt nach 1989“ gegeben.

Das Festprogramm des Literaturhauses München führt die Ideen des forum:autoren weiter: Literaturfest-Geschäftsführerin Tanja Graf lädt internationale Autorinnen und Autoren mit ihren Neuerscheinungen zum Thema „Umbrüche“ ein. Der Markt der unabhängigen Verlage „Andere Bücher braucht das Land“ findet ebenfalls im Literaturhaus statt.

Das Literaturfest München wird veranstaltet vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels – Landesverband Bayern e.V. und dem Literaturhaus München in Zusammenarbeit mit dem Kulturreferat der Landeshauptstadt München. Das Literaturfest München wird unter anderem unterstützt vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst.

(Siehe auch unter Terminhinweise)

Stromsparprämie: Rund 6.000 Haushalte schützen aktiv das Klima

(8.11.2019) Mit der Stromsparprämie hat die Kampagne München Cool City zu einem Wettbewerb aufgerufen: Wer nachweislich Strom spart und damit zu einem guten Klima beiträgt, erhält vom Referat für Gesundheit und Umwelt eine Prämie in Höhe von 50 oder sogar 100 Euro. Bis zum

Anmeldeschluss 31. Oktober haben sich rund 6.000 Haushalte als aktive Stromsparer angemeldet.

Umweltreferentin Stephanie Jacobs: „Rund 6.000 teilnehmende Haushalte haben unsere Erwartungen von ursprünglich zirka 2.000 registrierten Haushalten bei Weitem übertroffen. Das ist ein toller Erfolg, der zeigt: Gemeinsam können wir etwas für den Klimaschutz und eine nachhaltige, lebenswerte Zukunft Münchens bewegen.“

Das Referat für Gesundheit und Umwelt, unter dessen Dach die Kampagne München Cool City läuft, ermöglichte die Registrierung zur Stromsparprämie von Oktober 2018 bis 31. Oktober 2019. Mit der Stromsparprämie können sich alle Münchner Haushalte, die sich bis 31. Oktober 2019 registriert hatten, fürs Stromsparen selbst belohnen: Wer mit seinem Stromverbrauch mehr als 20 Prozent unter dem Bundesschnitt bleibt, erhält eine Prämie von 50 Euro, wer mehr als 30 Prozent unter dem Bundesschnitt bleibt, sogar 100 Euro.

Münchnerinnen und Münchner, die sich bereits für die Prämie registriert und mit Anmeldedatum mindestens sechs Monate lang Strom gespart haben, können ihren Antrag auf Auszahlung der Prämie noch bis zum 30. September 2020 auf dem Klimaschutzportal www.coolcity.de/stromsparen stellen beziehungsweise ihre Stromrechnung hochladen. Mittlerweile haben bereits gut 1.000 Haushalte einen Antrag auf Prämienauszahlung gestellt und das Referat für Umwelt und Gesundheit hat rund 70.000 Euro an Prämien ausbezahlt.

Die Kampagne München Cool City wurde vor dem Hintergrund der Klimaschutzziele, die der Stadtrat im Herbst 2017 beschlossen hatte, vom Referat für Gesundheit und Umwelt ins Leben gerufen. Spätestens bis 2050 soll München klimaneutral sein. Bis zum Ende des Jahres steht das Thema Energie im Mittelpunkt von München Cool City. Die Bewusstseinsbildung für den eigenen Energie- und Stromverbrauch steht dabei im Mittelpunkt. Denn mit einem vernünftigen Stromverbrauch kann jeder und jede Einzelne etwas fürs Klima tun – und dabei bares Geld sparen.

Infoveranstaltung zu Fördermöglichkeiten für Handwerksbetriebe

(8.11.2019) In einer gemeinsamen Veranstaltung haben das Referat für Gesundheit und Umwelt und die Handwerkskammer für München und Oberbayern für die Verkehrswende hin zu emissionsfreier Mobilität in München geworben und über die zahlreichen Fördermöglichkeiten für Handwerksbetriebe und Gewerbetreibende im Bereich Elektromobilität beziehungsweise Diesel-Nachrüstung informiert.

Umweltreferentin Stephanie Jacobs: „Als Gesundheits- und Umweltreferentin freue ich mich, dass Münchens Luft fast im gesamten Stadtgebiet inzwischen gut ist. An den besonders verkehrsbelasteten Streckenab-

schnitten sind wir aber noch nicht am Ziel. Der Wirtschaftsverkehr und insbesondere Gewerbe- und Handwerksbetriebe sind viel auf Münchens Straßen unterwegs und müssen auch künftig mobil bleiben. Es ist daher nur folgerichtig, die Umstellung der Fahrzeugflotten auf möglichst emissionsarme Fahrzeuge zu forcieren und zu beschleunigen. Damit kann ein bedeutender Beitrag zur Luftreinhaltung, aber auch zum Gesundheits- und Klimaschutz geleistet werden.“

Der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für München und Oberbayern, Dr. Frank Hüpers betonte: „Eines müssen wir uns vor Augen halten: Mobilität ist und bleibt die Basis für unsere arbeitsteilige Wirtschaft und eine wichtige Antriebskraft für Arbeit, Wachstum und Wohlstand. Gerade das Handwerk als Dienstleister beim Kunden ist auf einen funktionierenden Wirtschaftsverkehr angewiesen. Ohne Mobilität geht es nicht. Die Handwerkskammer ist aber gesprächsbereit, wenn Autoverkehr im Stadtgebiet strategisch klug reduziert werden kann. Allerdings darf dies nicht ausschließlich auf dem Rücken des Handwerks und seiner Beschäftigten passieren.“

Bei der Veranstaltung wurden folgende Fördermöglichkeiten vorgestellt:

- Nachrüstung von Dieselfahrzeugen mit Stickoxid-Minderungssystemen: Der Bund fördert Nachrüstungen bei leichten (zwischen 2,8 und 3,5 t zulässiges Gesamtgewicht) und schweren (zwischen 3,5 und 7,5 t zulässiges Gesamtgewicht) Handwerker- und Lieferfahrzeugen, vorausgesetzt die Fahrzeuge sind überwiegend im Stadtgebiet München oder den angrenzenden Landkreisen unterwegs. Dann können bis zu 80 Prozent der Nachrüstkosten, mit einem Höchstbetrag von 3.000 Euro bei leichten und von 4.000 Euro bei schweren Handwerker- und Lieferfahrzeugen, gefördert werden. Nähere Informationen zur Förderung und Antragsunterlagen können abgerufen werden unter www.bav.bund.de/DE/Home/home_node.html.
- Über das Integrierte Handlungsprogramm Elektromobilität mit dem deutschlandweit größten kommunalen Volumen von rund 60 Millionen Euro fördert die Landeshauptstadt München unter anderem Ladeinfrastruktur, die Anschaffung von Elektrofahrzeugen wie Lastenpedelecs und Elektroleichtfahrzeuge, aber auch Beratungsleistungen im Bereich Elektromobilität (www.muenchen.de/emobil). Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie hat eine eigene Kompetenzstelle eingerichtet und unterstützt mit der Förderrichtlinie „Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Bayern“ auch Betriebe bei der Umstellung auf Elektromobilität (<https://t1p.de/Elektromobilitaet>).

Die Landeshauptstadt München hat sich im Zuge der Luftreinhaltung das Ziel gesetzt, bis 2025 den Anteil des emissionsfreien Verkehrs auf 80 Pro-

zent zu erhöhen. Diese große Herausforderung kann nur gemeinsam mit allen städtischen Akteuren bewältigt werden. Dazu ist es notwendig, Fahrten im motorisierten Individualverkehr zu reduzieren, den ÖPNV massiv auszubauen und seine Attraktivität zu steigern, damit möglichst viele den Umweltverbund nutzen. Alle übrigen Fahrten in der Stadt sollten so emissionsfrei wie möglich durchgeführt werden – mit Hilfe von Elektromobilität und nachgerüsteten Dieselfahrzeugen oder Fahrzeugen mit der neuesten Abgasnorm.

Neben den genannten positiven Effekten für die Luftreinhaltung und den Umweltschutz kommt die emissionsfreie Mobilität auch dem Klimaschutz zugute. München muss bis 2050 klimaneutral sein, um seinen Beitrag zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zu leisten. Die Fahrzeugflotte der Gewerbe- und Handwerksbetriebe ist daher ein wichtiger Baustein auf diesem Weg.

Baureferat saniert Weg im Westpark

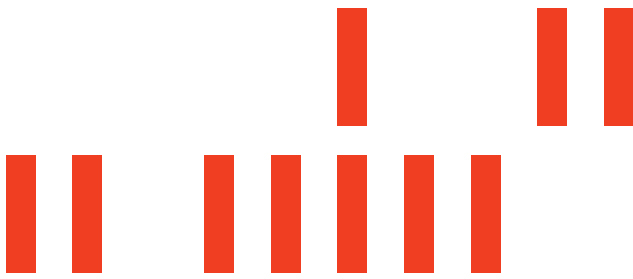
(8.11.2019) Das Baureferat saniert einen Abschnitt eines Wegs im Westpark. Dieser liegt am Eingang zum Park an der Westendstraße. Nach Kanalarbeiten wird dort der Belag wiederhergestellt. Wegen der Arbeiten, die am Montag, 11. November, beginnen und voraussichtlich bis Dienstag, 19. November, dauern, müssen Teile des Wegs vorübergehend gesperrt werden. Ausweich-Routen ergeben sich über parallel verlaufende Wege.

Vorwegmaßnahmen an der Ludwigsbrücke

(8.11.2019) Die Ludwigsbrücke wird ab März 2020 bis Ende 2021 instandgesetzt. Dafür hat der Stadtrat im Juli 2019 dem Baureferat den Auftrag erteilt. Um die verkehrlichen Einschränkungen während der Bauzeit zu minimieren, werden nördlich und südlich der Ludwigsbrücke im Frühjahr 2020 Behelfsbrücken für den Rad- und Fußverkehr errichtet.

Für den Bau dieser Behelfsbrücken werden jetzt die temporären Stützen hergestellt und die Isar-Ufermauer östlich des Vater-Rhein-Brunnens statisch ertüchtigt. Für die Arbeiten müssen die Gehwege in der Grünfläche „Auf der Insel“, die westlich und östlich am Vater-Rhein-Brunnen vorbeiführen, umgeleitet werden. Der Bereich nördlich des Brunnens wird als Baustelleneinrichtungsfläche genutzt. Außerdem sind Gehölzarbeiten wie der Rückschnitt von Ästen und drei Baumfällungen erforderlich. Die Maßnahme ist mit den zuständigen Bezirksausschüssen, der Unteren Naturschutzbehörde sowie dem Kreisverwaltungsreferat abgestimmt. Die Arbeiten dauern voraussichtlich bis Ende Dezember.

Achtung Redaktionen: Mehr Informationen finden sich im Stadtratsbeschluss vom 24. Juli 2019 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 15080).



Baustellen aktuell

Freitag, 8. November 2019

Beethovenplatz (Ludwigsvorstadt)

Das Baureferat führt Straßenbauarbeiten durch und asphaltiert die Straße neu.

Vom 11. bis 15. November ist jeweils von 20.30 bis 6 Uhr der Beethovenplatz für den Autoverkehr in allen Fahrrichtungen gesperrt.

Leonrodplatz / Schwere-Reiter-Straße (Neuhausen)

Die Stadtwerke erweitern bis Mitte 2020 das Fernwärmenetz und verlegen eine 110 kV Stromleitung sowie eine Gasleitung.

Vom 11. November bis 20. Dezember verbleibt in der Schwere-Reiter-Straße zwischen der Ackermannstraße und dem Leonrodplatz sowie in der Leonrodstraße zwischen der Dachauer Straße und der Maximilian-Wetzger-Straße in westlicher Fahrtrichtung eine Fahrspur.

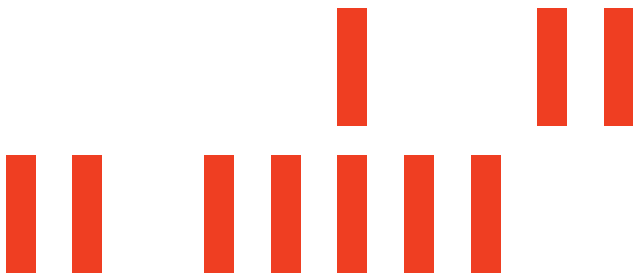
In der Dachauer Straße verbleiben im Stauraum vor der Kreuzung Schwere-Reiter-Straße stadtauswärts zwei Geradeausspuren und eine Rechtsabbiegespur. Aufgrund von Reparaturmaßnahmen an einem Mast verbleibt in der Dachauer Straße zwischen Merianstraße und Leonrodstraße stadteinwärts eine von zwei Geradeausspuren.

Die Durchfahrt von der Dom-Pedro-Straße auf die Leonrodstraße ist gesperrt.

Arnulfstraße / Nibelungenstraße (Neuhausen)

Die Stadtwerke bauen die Anschlussbereiche der Gleisbögen der Wendeschleife in der Straße zurück.

Vom 11. November bis Mitte Dezember verbleibt in der Arnulfstraße neben der Baustelle stadtauswärts eine Fahrspur und die Gleisüberfahrt ist im Kreuzungsbereich gesperrt. Der Trambahnbetrieb wird eingestellt.



Busspur Allacher Straße - Maßnahme zur Beschleunigung und Verbesserung der Zuverlässigkeit des Buslinienverkehrs (Allach-Untermenzing)

Im Oktober 2018 hat der Stadtrat ein erstes Maßnahmenbündel zur Förderung des Buslinienverkehrs beschlossen. Als nächste Einzelmaßnahme wird das Baureferat die Busspur in der Allacher Straße zwischen der Amboss- und Netzerstraße realisieren.

Die Bauarbeiten werden **am 25. November** beginnen. Um insbesondere den Eigentümern der abgestellten LKW ausreichend Zeit zur Entfernung der Fahrzeuge zu geben, werden bereits **am 8. November** Halteverbote aufgestellt.

Die Arbeiten werden in Abhängigkeit von der Witterung rund zwei Wochen dauern.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Freitag, 8. November 2019

Mehrweg in die Mittagspause: Konzept zur Vermeidung von Einweg-Take-Away-Verpackungen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Alexandra Gaßmann, Sebastian Schall und Dorothea Wiepcke (CSU-Fraktion) vom 17.12.2018

Mehrweg in die Mittagspause: Konzept zur Vermeidung von Einweg-Take-Away-Verpackungen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Alexandra Gaßmann, Sebastian Schall und Dorothea Wiepcke (CSU-Fraktion) vom 17.12.2018

Antwort Kommunalreferentin Kristina Frank:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtrats-Mitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch ein laufendes Geschäft des Eigenbetriebes, dessen Besorgung nach Art. 88 Abs. 3 Satz 1 Gemeindeordnung (GO) i. V. m. der Betriebssatzung des AWM der Werkleitung obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist deshalb rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag vom 17.12.2018, der im Folgenden nochmals dargestellt wird, teile ich Ihnen Folgendes mit:

- „1. Das Kommunalreferat bzw. der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) wird beauftragt, in allen neuen Miet- und Pachtverträgen in den von ihr verwalteten städtischen Immobilien mit entsprechenden Betriebs- bzw. Verkaufsstätten, den Einsatz von Einweg-Take-Away-Verpackungen (Plastik, Aluminium, Styropor, etc.) zu untersagen.*
- 2. Der AWM wird beauftragt, eine stadtweite Kampagne mit dem Schwerpunktthema Pfandboxen analog ReCup bei Coffee-to-go-Bechern durchzuführen.*
- 3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in allen betroffenen Bereichen das Thema Verbot/Ersatz von Einweg-Take-Away-Verpackungen umzusetzen (Vorreiterfunktion, Glaubwürdigkeit).*
- 4. Die Stadt wirkt über ihre zuständigen Beteiligungsreferate auf ihre Gesellschaften ein (z. B. SWM), auch in ihren Bereichen Einweg-Take-Away-Verpackungen zu vermeiden bzw. auszuschließen.“*

Sie begründen Ihren Antrag damit, die Münchner Bürgerinnen und Bürger für das Thema Abfallvermeidung zu sensibilisieren und zum dauerhaften Mitmachen (z. B. durch die Nutzung von Mehrweg-Pfand-Behältern) zu motivieren. Dazu soll bei der Münchner Bürgerschaft eine Bewusstseins- bzw. im Idealfall eine Verhaltensveränderung in Sachen Abfallvermeidung bewirkt werden.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlaube ich mir, Ihren Antrag per Brief zu beantworten.

zu 1.

Im Rahmen der Abfallvermeidungskampagne des AWM zu Coffee-to-go-Einwegbechern Ende 2017 wurde bei der Neuvergabe von Miet- und Pacht-

verträgen durch das Kommunalreferat das Einwegverbot (wieder) explizit als Vertragsklausel aufgenommen. Dieses Einwegverbot beinhaltet nicht nur den Einsatz von Einwegbechern, sondern eine generelle Untersagung von Einweg-Take-Away-Verpackungen.

zu 2. und 3.

Im Frühjahr 2019 startete die Münchner Umweltinitiative rehab republic mit der Aktion „Einmal ohne, bitte“. Diese Aktion „bewirbt“ Betriebe, die es Kunden ermöglichen, ihre Einkäufe in selbst mitgebrachten Transportgefäßen mitzunehmen. Mittlerweile nehmen daran mehr als 320 Geschäfte teil, darunter auch solche, die Take-Away-Essen verkaufen. Die Bewerbung erfolgt über Aufkleber an den Geschäften und über die Aktionswebseite. Der AWM hat diese Idee von Anfang an unterstützt:

- Auftaktpressekonferenz am 14.02.2019 auf dem Viktualienmarkt mit Kommunalreferentin Kristina Frank und Umweltreferentin Stephanie Jacobs
- Bewerbung der Aktion über diverse Onlineaktivitäten des AWM (Webseite, Social Media)
- Im Rahmen einer sehr umfangreichen, stadtweiten Abfallvermeidungskampagne im Herbst 2019 gegen Plastikverpackungen wird der AWM diese Aktion in alle Werbematerialien (Fahrzeugplakate, Plakatwände, Flyer, Online) einbauen.

Eine eigene Kampagne (sowohl extern als auch stadtintern) gegen Take-Away-Verpackungen analog zur Einwegbecherkampagne ist momentan leider nicht möglich, da es derzeit kein bewerbbares Mehrwegsystem für Pfandboxen (vergleichbar mit Recup-Bechern) als Alternative gibt. Das Unternehmen RECUP hat 2019 ein Mehrwegsystem für Take-Away-Essen namens „Rebowl“ in München und Regensburg getestet und wertet diesen Versuch derzeit aus.

Auch andere Anbieter mit ihren Produkten stehen in den Startlöchern, aber über Testphasen hinaus gibt es derzeit noch keine Mehrwegalternativen, die insbesondere die hygienischen Anforderungen erfüllen oder für die gastronomischen Betriebe praktikabel sind. Im Vergleich zu den Mehrwegbechern ist ein System für Mehrwegessenspfandboxen wesentlich komplexer (z. B. Größe, Hygiene, Transportfähigkeit, Kratzfestigkeit, Anschaffungskosten etc.). Das wurde dem AWM im Frühjahr von der Geschäftsstelle des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA (Kreisstelle München) auf Anfrage mitgeteilt. Beim DEHOGA Bayern wird das Thema allerdings weiterhin intensiv diskutiert auch angesichts des anstehenden Verbots für Take-Away-Verpackungen im Rahmen einer europäischen Richtlinie. Über weitere Entwicklungen zu diesem Thema finden

im November 2019 Gespräche zwischen dem DEHOGA Bayern und der Werkleitung des AWM statt.

Bei Gesprächen mit den Münchner Innenstadtwirten stellte sich heraus, dass Pfandboxen dort kein Thema sind, da es hierzu praktisch keinerlei Bedarf gibt.

zu 4.

Die städtischen Beteiligungsgesellschaften wurden nicht (wie beim Thema Coffee-to-go-Einwegbecher) zu diesem Thema abgefragt, da Pfandgefäße für Mittagessen bei diesen entweder nicht relevant sind (z. B. Tierpark, Sparkasse) oder aufgrund der beengten Verhältnisse (z. B. U-Bahn-Kioske der SWM) nicht umsetzbar sind.

Das Studentenwerk München teilte mit, dass Essen fast ausschließlich zum Verzehr vor Ort und Essen zum Mitnehmen nur in Ausnahmefällen (z. B. Sanierungen) angeboten wird. Salate können in mitgebrachten oder vor Ort gekauften Verpackungen mitgenommen werden, aber auch dieses „Take-away-Angebot“ wird kaum genutzt.

Im Herbst 2019 wird der Lebensmittelverband Deutschland Hygienerichtlinien veröffentlichen, in denen dargestellt wird, wie Lebensmittelgeschäfte und Gaststätten mit mitgebrachten Behältnissen (eigene oder Pfandboxen) hygienerechtlich einwandfrei umgehen können (analog zu einer bereits veröffentlichten Richtlinie zu mitgebrachten Coffee-to-go-Bechern). Auch das wird zu einer größeren Akzeptanz von derartigen Gefäßen bei den entsprechenden Geschäften führen, da es gegenseitig noch oft große Unsicherheiten bezüglich der geltenden Hygienevorschriften gibt.

Der AWM wird die Entwicklungen auf dem Markt weiter beobachten, aber auch weiterhin über stadtweite Informationskampagnen die Bürgerinnen und Bürger für das Thema Abfallvermeidung sensibilisieren, insbesondere im Hinblick auf Essens-, Getränke- und sonstige Einwegverpackungen. Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Freitag, 8. November 2019

Wann kommt der nächste Bus? – Alle Haltestellen der MVG mit elektronischen Echtzeit-Anzeigen aus- rüsten

Antrag Stadträte Manuel Pretzl und Sebastian Schall (CSU-Fraktion)

ÖPNV-Ausbau mit Nachdruck vorantreiben – Überdachte Wartehäuschen werden Standard an allen Bushaltestellen

Antrag Stadträte Manuel Pretzl und Sebastian Schall (CSU-Fraktion)

Sportfläche TSV Großhadern wieder beleben

Antrag Stadtrats-Mitglieder Alexandra Gaßmann, Ulrike Grimm und Johann Stadler (CSU-Fraktion)

Maroni- und Mandelverkauf

Antrag Stadträte Alexander Reissl und Otto Seidl (CSU-Fraktion)

Integration heißt Chancen bieten I – Einrichtung eines Welcome Cen- ters für München im Ruffinihaus am Rindermarkt

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Katrin Habenschaden, Jutta Koller, Dominik Krause, Dr. Florian Roth, Oswald Utz und Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste)

Integration heißt Chancen bieten II – Servicestelle zur Erschließung aus- ländischer Qualifikationen entscheidend stärken

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Katrin Habenschaden, Jutta Koller, Dominik Krause, Dr. Florian Roth, Oswald Utz und Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste)

Integration heißt Chancen bieten III – Kommunale Ressourcen ausschöp- fen, Projektgruppe für langjährig geduldete Menschen in München ein- richten

Antrag Stadtrats-Mitglieder Cetin Oraner, Brigitte Wolf (Die Linke) und Anja Berger, Katrin Habenschaden, Jutta Koller, Dominik Krause, Dr. Florian Roth, Oswald Utz, Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste)

Integration heißt Chancen bieten IV – Übergang zwischen Jugendhilfe und Berufsbeginn flexibel gestalten

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Katrin Habenschaden, Jutta Koller, Dominik Krause, Dr. Florian Roth, Oswald Utz und Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste)

Integration heißt Chancen bieten V – Informationskampagne, Antragswerkstätten und interkulturelle Sensibilisierung für Bayerische Ehrenamtskarte und „München dankt!“

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Katrin Habenschaden, Jutta Koller, Dominik Krause, Dr. Florian Roth, Oswald Utz und Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste)

Integration heißt Chancen bieten VI – Partizipationsprojekt self_starter wiederaufnehmen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Katrin Habenschaden, Jutta Koller, Dominik Krause, Dr. Florian Roth, Oswald Utz und Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste)

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Manuel Pretzl
Stadtrat Sebastian Schall

ANTRAG

08.11.2019

Wann kommt der nächste Bus? - Alle Haltestellen der MVG mit elektronischen Echtzeit-Anzeigen ausrüsten

Die MVG wird aufgefordert, elektronischen Anzeigen an Bushaltestellen zum Standard zu machen.

Begründung:

Um mehr Menschen zum Umstieg auf den ÖPNV zu bewegen, bedarf es eines gut ausgebauten, aber auch service- und kundenorientierten Angebotes.

Dazu zählen Informationen über die Abfahrtszeiten mittels elektronischer Anzeigetafeln, sogenannter Dynamischer Fahrgastinformationen. Damit kann jeder Fahrgast auch ohne den Einsatz eigener Technik (wie zB dem Smartphone) die Ankunfts- bzw. Abfahrtszeiten seines Verkehrsmittels auf einen Blick sehen. Dieser Service ist enorm wichtig und sehr beliebt.

Leider steht er - insbesondere am Stadtrand - noch nicht an allen Haltestellen zur Verfügung.

Daher soll die MVG diesen Service zum Ausbaustandard machen. Dabei ist auf gute Sicht- und Lesbarkeit ebenso zu achten, wie auf möglichst wartungsarme Modelle.

Initiative:
Manuel Pretzl, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender
2. Bürgermeister

Sebastian Schall
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Manuel Pretzl
Stadtrat Sebastian Schall

ANTRAG

08.11.2019

ÖPNV-Ausbau mit Nachdruck vorantreiben - Überdachte Wartehäuschen werden Standard an allen Bushaltestellen

Alle Bushaltestellen werden mit Wartehäuschen ausgestattet. Dabei sind neben der Standardausstattung auch Sonderformen mit weniger Platzbedarf zu nutzen, um auf alle lokalen Gegebenheiten reagieren zu können.

Begründung:

Zahlreiche Haltestellen in München haben aufgrund eines engen Gehsteigs keine Unterstellmöglichkeiten.

Andere Städte machen jedoch vor, dass es auch für räumliche beengte Situationen Lösungen gibt. Wetterschutz ist kein Luxus, sondern ein Ausstattungsmerkmal eines attraktiven ÖPNV.

Gerade die Außenbezirke sind oft nur mit Bussen erschlossen. Wenn die Pendelwege schon lang sind, ggf. mit dem ÖPNV länger als mit dem PKW, müssen sie wenigstens wind- und wettergeschützt sowie trocken sein, um einen Anreiz zum Umstieg zu bieten. Gerade in der nun wieder anbrechenden kühleren Jahreszeit. Zahlreiche BA-Anträge zeigen auch deutlich, dass es vor Ort den Bedarf und den Wunsch nach einer solchen Ausstattung gibt.

Daher wird die MVG beauftragt, überdachte Wartehäuschen zum Standard zu machen – je nach Standort können dabei auch schmale Wartehäuschen mit Wetterschutz installiert werden. Sofern es räumlich möglich ist, erhalten alle Wartehäuschen Sitzgelegenheiten.

Initiative:
Manuel Pretzl, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender
2. Bürgermeister

Sebastian Schall
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadträtin Alexandra Gaßmann
Stadträtin Ulrike Grimm
Stadtrat Johann Stadler

ANTRAG

08.11.2019

Sportfläche TSV Großhadern wieder beleben

Die Landeshauptstadt München wird aufgefordert, auf dem Areal Sauerbruchstraße/Franz-Kendler-Str/Heiglhofstraße in Zusammenarbeit mit dem TSV Großhadern die bisherige Sportfläche zu einem modernen Outdoor Sport Park wieder zu beleben. Es ist auch zu prüfen, ob dieser dann verbesserte Sportplatz an der Franz-Kendler-Str. nicht mit einer neuen Sportfläche auf dem Max-Lebsche-Platz zu einem Sportband für die ganze Haderner Bevölkerung verbunden werden kann.

Begründung:

Der Platz neben dem Studentenwohnheim wird derzeit wenig bespielt. Durch die Schaffung von neuen Sportmöglichkeiten wie z. B. Krafttraining, Koordination, Geschicklichkeit und Stockschießen, könnte eine große Belebung stattfinden.

Initiative:
Alexandra Gaßmann
Stadträtin

Ulrike Grimm
Stadträtin

Johann Stadler
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Alexander Reissl
Stadtrat Otto Seidl

ANTRAG

08.11.2019

Maroni- und Mandelverkauf

Maroniverkäufern außerhalb der Altstadt wird der Verkauf von gebrannten Mandeln/
Nüssen auch außerhalb des Ladenschlusses erlaubt.

Begründung:

Maroniverkäufer außerhalb der Altstadt dürfen auch gebrannte Mandeln/ Nüsse verkaufen.
Allerdings ist der Verkauf von gebrannten Mandeln/ Nüssen dem Ladenschluss
unterworfen, der Verkauf von Maroni nicht.
Eine entsprechende Gleichstellung von Maroni- und Mandelverkauf würde das Geschäft
von Maroniverkäufern stabilisieren.

Initiative:
Alexander Reissl
Stadtrat

Otto Seidl
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 08.11.2019

Integration heißt Chancen bieten I – Einrichtung eines Welcome Centers für München im Ruffinihaus am Rindermarkt

Antrag

- I) Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, im Rahmen der Sanierung des Ruffinihauses die Einrichtung eines Welcome Centers für München zu prüfen.
- II) Bei Aufbau und Begleitung des Zentrums erhält die Stelle für Interkulturelle Arbeit die Federführung. Das Projekt bündelt bereits vorhandene Angebote, die neu zugewanderten Personen die Orientierung und Integration in der Münchner Stadtgesellschaft erleichtern.
- III) Ein entsprechender mehrsprachiger Internetauftritt wird zeitnah umgesetzt.
- IV) Im Rahmen dieser und aller zukünftigen Realisierbarkeitsprüfungen werden entsprechende architektonische Voraussetzungen der Barrierefreiheit berücksichtigt.

Begründung:

Mehr als 40 Prozent der Münchnerinnen und Münchner haben einen Migrationshintergrund. Im bundesweiten Vergleich sind Migrantinnen und Migranten in München besonders hoch qualifiziert. Dies liegt auch darin begründet, dass München einer der bedeutendsten Wirtschaftsstandorte Deutschlands ist. Auch der innerdeutsche Zuzug ist entsprechend stark ausgeprägt. Zudem wurde der Weg von Geflüchteten auf den regulären Arbeitsmarkt vor Kurzem durch den Gesetzgeber erleichtert. Um dieser Situation gerecht zu werden, sollte die Landeshauptstadt im Ruffinihaus nach dessen Sanierung ein Welcome Center einrichten.

Welcome Center sehen sich als Erstanlaufstelle für Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchtete, wenden sich aber dezidiert auch an deutsche Neubürgerinnen und Neubürger. Die Stadt steht dabei als Ansprechpartnerin und Lotsin zu Fachberatungsstellen bei Fragen rund um Studieren, Arbeiten, Deutschlernen, berufliche Qualifizierung, Anerkennung von ausländischen Abschlüssen, Aufenthaltsrecht, Kita-Platz, Schule, Wohnen, Vereine, Kultur, Kontakte zur Verfügung. Vergleichbare Großstädte wie Hamburg und Stuttgart haben ein solche Institution bereits erfolgreich eingeführt.

In der Antwort auf eine am 17.10.2013 beantragte Übersicht über die in München vorhandene Angebote für Menschen die neu nach München ziehen, (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 00070) wurde klar, dass München bereits über ein breites Spektrum an Beratungs- und Unterstützungsangeboten verfügt. Jedoch sind diese Angebote kaum für die betroffenen Personen – Menschen die neu nach München kommen – erkennbar. Sie müssen stärker gebündelt und zentral zur Verfügung gestellt werden. „Alle Angebote“, so heißt es in der Vorlage, „sollten für alle, die aus dem In- und Ausland nach München zuziehen, auf einen

Blick erkennbar sein.“ Dies bezieht sich zunächst auf den Internetauftritt, aber auch in der Vorlage heißt es weiter, eine zentrale Anlaufstelle für neu nach München ziehende Menschen aus dem In- oder Ausland sei vorstellbar: „Dort könnten sie Hilfestellungen zu allen Fragen finden, die ihre berufliche, soziale oder gesellschaftliche Orientierung in München betreffen.“

In der Sitzung des Sozialausschusses vom 17.01.2019 wurde zudem ausgehend von der Initiative der Stadtratsfraktion Die Grünen – Rosa Liste (Antrag Nr. 14-20 / A 01079) anhand der Beschlussvorlage Nr. 14-20 / V 13426 im Rahmen der Neugestaltung des Hauptbahnhofgeländes ein genereller Prüfauftrag an die Verwaltung beschlossen, „ob und in welcher Form ein Welcome Center in München realisierbar ist.“

Das Ruffinihaus am Rindermarkt wird noch bis August 2020 saniert. Vom 1.OG bis zum Dachgeschoss entstehen dabei circa 105 Büros und Besprechungsräume. Das Gebäude ist aus mehreren Gründen als konkrete Prüfoption heranzuziehen. Zum einen zeichnet es sich durch eine sehr zentral gelegene Lage mit ausreichender Verkehrsanbindung und Nähe zu weiteren städtischen Einrichtungen aus. Zum anderen wurden die oberen Etagen bereits in der Vergangenheit erfolgreich von städtischer Seite genutzt.

Ein Welcome Center in einem Gebäude in derart zentraler Lage, mit langer Stadthistorie und ansprechender architektonischer Gestaltung wäre ein großer Gewinn für die Münchner Stadtgesellschaft. Es würde den Ankommens- und Integrationsprozess der vielen Zuwanderinnen und Zuwanderer in München elementar vereinfachen und gleichzeitig auch als Symbol einer weltoffenen, vielfältigen und modernen Stadt dienen.

Es ist höchste Zeit, dass München diese einmalige Chance nutzt und nun endlich auch den konsequenten Schritt geht, die vielen großartigen Angebote im Bereich Willkommenskultur und Integration zu bündeln und diese real wie virtuell auf einen Raum zu vereinen.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste:

Katrin Habenschaden

Dominik Krause

Dr. Florian Roth

Jutta Koller

Anja Berger

Oswald Utz

Sebastian Weisenburger

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 08.11.2019

Integration heißt Chancen bieten II – Servicestelle zur Erschließung ausländischer Qualifikationen entscheidend stärken

Antrag

I) Das Sozialreferat legt bis Ende 2020 ein Konzept vor, wie der bereits hohe und mit der Einführung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes steigende Beratungsbedarf in der Servicestelle zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen in geeigneter Form gewährleistet werden kann. Richtwert muss mindestens eine Halbierung der aktuellen Wartezeit auf einen Beratungstermin sein.

II) Das Sozialreferat erarbeitet im Rahmen dieses Konzepts eine Strategie, wie Hürden bei der Antragstellung auf Anerkennung, wie z.B. fehlende Deutschkenntnisse oder Coachingbedarfe, beseitigt und weitere Zielgruppen zur Antragstellung ermutigt werden können.

III) Das Sozialreferat erweitert die Anpassungs- oder Ausgleichsmaßnahmen nach Teilanerkennung für Beratene zum Erreichen einer Vollanerkennung der jeweiligen Qualifikation.

IV) Das Sozialreferat stellt außerdem Lösungsvorschläge vor, wie die im Rahmen der Evaluation auffällig langsame Besetzung von offenen Stellen im Sozial- und Erziehungsbereich trotz hoher Nachfrage und hohem Personalangebot effizienter gestaltet werden kann. Zudem werden die Erlaubnisquoten für den Einsatz von Beratern als Ergänzungskräfte in der Kinderbetreuung geprüft und erhöht.

V) Weiterhin ergänzt das Sozialreferat das vorzulegende Konzept um eine Darlegung geeigneter Instrumente zur beruflichen Einbindung ausländischer Fachkräfte in die städtische Verwaltung abseits pädagogischer Berufe.

VI) Das Sozialreferat gibt zudem eine weitere qualitative Studie in Auftrag, die die Herausforderungen der unterschiedlichen Berufsgruppen zur Anerkennung differenzierter darstellt, Gründe für den Verzicht von Ausgleichsmaßnahmen nach erfolgter Teilanerkennung identifiziert und Ursachen geringer Beratungs- und Anerkennungsquoten prozentual wenig verteilter Berufsgruppen evaluiert.

Begründung:

Mehr als 40 Prozent der Münchnerinnen und Münchner haben einen Migrationshintergrund.

Im bundesweiten Vergleich sind Migrantinnen und Migranten in München besonders hoch qualifiziert. Dies liegt auch darin begründet, dass München einer der bedeutendsten Wirtschaftsstandorte Deutschlands ist. Um dieser Situation politisch gerecht zu werden, wurde 2009 auf Initiative der Grünen – Rosa Liste die Servicestelle zur Erschließung ausländischer Qualifikationen eingeführt. Deren Ziel ist es, Menschen mit im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen bei der Anerkennung derselben zu beraten.

Im Februar dieses Jahres wurde dem Stadtrat eine Wirkungsanalyse des Zentrums für Soziale Innovation in Wien zur Arbeit der Servicestelle vorgelegt, deren Ergebnis sehr positiv ausfiel. So stieg die Zahl der Beratenen von 1214 im Jahr 2010 auf 4738 Beratene im Jahr 2017 an. Knapp 75 Prozent der Beratenen waren zum Zeitpunkt der Befragung 2017 erwerbstätig. Die Beratung bewirkt bei den Beratenen so im Schnitt eine 30 bis 40-prozentige Einkommenssteigerung pro Jahr. Wichtig ist dabei, dass die durch die Beratungen zu tragenden Kosten innerhalb von drei Jahren durch das Mehr an Steuerrückflüssen über die Erwerbstätigen amortisiert werden.

Dennoch stellen sich aktuell Herausforderungen, denen mit diesem Antrag begegnet werden soll. So liegt die Wartezeit für einen Beratungstermin Stand jetzt bei durchschnittlich 16 Wochen. Grund dafür ist der stetig steigende Andrang bei gleichbleibendem Personal. Auch angesichts des Inkrafttretens des Fachkräftesicherungsgesetzes am 1. März 2020 sind anhaltend hohe Zuwanderungsraten zu erwarten. Eine Anpassung der Personalstellen ist hier notwendig und richtig.

Weiterhin wurden mangelnde Sprachkenntnisse und finanzielle Schwierigkeiten als hauptursächlich einen Verzicht auf einen Anerkennungsantrag trotz erfolgter Beratung identifiziert. Hier muss explizit gegengesteuert werden Anpassungs- und Ausgleichsmaßnahmen erweitert werden.

Weiterhin zeigte sich eine Diskrepanz zwischen der hohen Nachfrage nach Fachkräften im Sozialen Bereich und verhältnismäßig lange unbesetzten Stellen bei einem großen personellen Angebot. Explizit angesprochen wurden dabei die geringen Erlaubnisquoten für den Einsatz von Beratenen als Ergänzungskräfte in der Kinderbetreuung. Beides gilt es zu verbessern.

Schließlich wurde im Rahmen der Wirkungsanalyse der Bedarf an mehr qualitativen Daten geäußert. Von großem Interesse ist dabei die Frage, warum nach einer Teilanerkennung keine Ausgleichsmaßnahmen besucht werden. Auch wurde der Mehrwert von differenzierten Informationen über individuelle Hemmnisse in den unterschiedlichen Berufsgruppen betont. Hierzu sollte eine ergänzende Studie in Auftrag gegeben werden.

Die Servicestelle zur Erschließung ausländischer Berufsabschlüsse ist ein voller Erfolg für alle Beteiligten und ein Integrationsprojekt mit Vorzeigecharakter. Es ist im klaren Interesse der Landeshauptstadt, die Ergebnisse der Wirkungsanalyse jetzt ernst zu nehmen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste:

Katrin Habenschaden
Dominik Krause
Dr. Florian Roth
Jutta Koller
Anja Berger
Oswald Utz
Sebastian Weisenburger
Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, den 08.11.2019

**Integration heißt Chancen bieten III – Kommunale Ressourcen ausschöpfen,
Projektgruppe für langfristig geduldete Menschen in München einrichten**

Antrag

I) Die Landeshauptstadt richtet eine Projektgruppe ein, um langfristig geduldeten Menschen in München den Übergang in einen regulären Aufenthaltstitel bei entsprechenden Integrationsleistungen gemäß §25 a und b Aufenthaltsgesetz zu ermöglichen.

II) Den städtischen Dienststellen werden die notwendigen Stellen für die Projektgruppe zugeschaltet. Diese sind im Haushalt 2020 anzumelden.

Begründung

In München lebten Anfang 2019 laut Kreisverwaltungsreferat knapp 2000 Menschen im ausländerrechtlichen Status der Duldung. Entsprechend §25 a und b Aufenthaltsgesetz sieht der Gesetzgeber die Möglichkeit vor, Menschen nach langjährigem Aufenthalt in Deutschland bei entsprechender Integrationsleistung in einen regulären Aufenthaltstitel überzuführen.

Der praktische Erfolg der Regelungen lässt jedoch bundesweit zu wünschen übrig. Vielen langfristig Geduldeten sind die genannten Instrumente zur Erlangung eines regulären Aufenthaltstitels unzureichend bekannt. Oftmals auch basierend auf Negativerfahrungen mit den staatlichen Institutionen in den jeweiligen Herkunftsländern und aus Angst vor aufenthaltsbeendenden Maßnahmen verschweigen die Betroffenen den verantwortlichen Institutionen notwendige Informationen, welche die Basis einer sachgemäßen Einordnung der jeweiligen Einzelfälle gemäß §25 a und b bilden könnten. Hier ist ein intensiverer Austausch der Verwaltung mit den Menschen über Integrationserfolge, Bemühungen und Hindernisse nötig, um die individuelle Situation der Betroffenen zu erfassen und mögliche Handlungsoptionen aufzuzeigen.

Dies soll Ziel der Projektgruppe sein, die sich aus sozialen Trägern mit Fachexpertise, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und zuständigen Stellen der Verwaltung zusammensetzen wird. In einem ersten Schritt werden diejenigen langfristig geduldeten Personen in München identifiziert und kontaktiert, die die Voraussetzung für die oben genannten Normen bereits sehr wahrscheinlich oder zumindest nach Erlangen weiterer

ergänzender Informationen potenziell erfüllen. Durch Beratungsgespräche soll anschließend über die bestehenden Normen informiert, für die Bedeutung der Eigenverantwortung für eine erfolgreiche Integration sensibilisiert und basierend darauf vor allem notwendige aber noch fehlende Informationen ermittelt werden. Die Personen werden im Sinne der effizienteren Beratung - angelehnt an das bereits bestehende erfolgreiche Modellprojekt in Köln - in drei Fallgruppen aufgeteilt und langfristig durch die Projektgruppe beraten:

- „grün“: gesetzliche Bleiberechtsvoraussetzungen werden schon oder überwiegend erfüllt, Titel kann zügig erteilt werden,
- „gelb“: Bleiberechtsvoraussetzungen werden noch nicht erfüllt, können aber aufgrund Integrationsbereitschaft perspektivisch in 1-2 Jahren erfüllt werden,
- „rot“: Bleiberechtsvoraussetzungen werden nicht erfüllt und mit Erfüllung ist auch dauerhaft nicht zu rechnen.

Grün bewerteten Fällen werden schnellstmöglich Aufenthaltserlaubnisse erteilt, sofern die noch fehlenden Voraussetzungen nach entsprechender Betreuung erfüllt sind. In gelb bewerteten Fällen werden mit den Betroffenen individuelle Bleibereichtsperspektiven evaluiert und konkrete Maßnahmen aufgezeigt, um die Voraussetzungen der Aufenthaltserlaubnis möglichst zeitnah zu erfüllen. Mit den Rot bewerteten Fällen soll intensiv kommuniziert werden, um die mangelnde Integrationsbereitschaft oder bestehende Hemmnisse nachzuvollziehen und Unterstützung anzubieten. Je nach Einzelfall ist hier jedoch auch über die mangelnde Aussicht auf ein Bleiberecht zu informieren. Im Falle des Falles sollten dann die Möglichkeit der freiwilligen Ausreise und etwaige Unterstützungsstrukturen aufgezeigt werden. Unabdingbare Grundvoraussetzung des Projekts ist es aber, dass basierend auf der Arbeit der Projektgruppe keine Abschiebungen forciert werden dürfen.

Ergänzend soll über §60a Abs. 2 AufenthG, also das Bleiberecht während der Ausbildungszeit und anschließender zweijähriger Berufstätigkeit mit garantiertem Bleiberecht für diesen Zeitraum sowie perspektivisch über die im Rahmen des Migrationspakts beschlossene Beschäftigungsduldung informiert werden.

Mit der Einrichtung einer Projektgruppe nach oben genanntem Prinzip würde München seinen kommunalen Handlungsspielraum nutzen und die Voraussetzung schaffen, um möglichst vielen Menschen in der maximal belastenden Situation der Duldung Perspektiven beziehungsweise eine transparente Einordnung der individuellen Situation zu garantieren.

Münchens Behörden und seine Zivilgesellschaft zeichnen sich durch ein außergewöhnlich hohes Maß an Engagement aus. Die Umsetzung der aufgezeigten Projektgruppe hat jedoch das Potenzial, das bereits bestehende hohe Engagement um eine stark integrationsfördernde Struktur zu ergänzen. Angesichts der potenziell enorm positiven Veränderung der Lebenssituation der betroffenen Personen die entsprechend §25 anerkannt werden könnten, ist dies sinnvoll und angebracht.

Stadtratsgruppe DIE LINKE:

Cetin Oraner
Brigitte Wolf

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste:

Katrin Habenschaden
Dominik Krause
Dr. Florian Roth
Jutta Koller
Anja Berger
Oswald Utz
Sebastian Weisenburger

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 08.11.2019

Integration heißt Chancen bieten IV – Übergang zwischen Jugendhilfe und Berufsbeginn flexibel gestalten

Antrag

Das Stadtjugendamt legt bis zum Ende des Jahres ein Konzept vor, wie in Kooperation mit den städtischen und freien Trägern im Rahmen der unbegleiteten jugendlichen Geflüchteten oftmals gestatteten Verlängerung der Jugendhilfe nach § 41 SGB VIII die Übergangsphase zwischen Unterbringung in der Jugendhilfeeinrichtung und dem Einstieg in den Berufsalltag flexibel im Sinne der Jugendlichen gestaltet werden kann.

Begründung:

Nach § 41 SGB VIII haben junge Volljährige bis zum 21. Lebensjahr einen Anspruch auf Jugendhilfe, bei besonderen Gründen bis zum 27. Lebensjahr. Dies kann unter anderem die Beendigung eines Ausbildungsverhältnisses miteinschließen. Jugendliche Geflüchtete beginnen oftmals erst verspätet ein Ausbildungsverhältnis und profitieren in vielen Fällen von den bestehenden Ausnahmeregelungen.

Aktuell berichten mehrere soziale Träger der Jugendhilfe in München von der Problematik, dass die Jugendlichen sehr mit der Übergangsphase nach Beendigung der jeweiligen Ausbildung und dem damit verbundenen Wegfall des Anspruchs auf Betreuung und Unterbringung zu kämpfen haben. Viele sind mit der Flut an bürokratischen Herausforderungen und vor allem auch mit der in München sehr schwierigen Wohnungssuche überfordert, die es theoretisch in wenigen Wochen zu bewältigen gilt.

Das Jugendamt muss sich hier flexibel zeigen und den Jugendlichen einen geregelten Übergang in den selbständigen Berufsalltag ohne Überforderung und maximalen Zeitdruck ermöglichen. Hierbei ist eine gewisse zeitliche Kulanz in Kooperation mit Trägern der Jugendhilfe oder anderen Einrichtungen mit niederschwelliger Begleitung angebracht, die die Bereitschaft zur temporären Weiterbetreuung auch während der Übergangsphase ohne Hilfen nach § 41 SGB VIII zeigen. Nur so ist eine erfolgreiche Integration in die Stadtgesellschaft zu gewährleisten, die im Sinne aller Beteiligten ist.

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste:

Katrin Habenschaden, Dominik Krause, Dr. Florian Roth, Jutta Koller, Anja Berger
Oswald Utz, Sebastian Weisenburger

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 08.11.2019

Integration heißt Chancen bieten V – Informationskampagne, Antragswerkstätten und interkulturelle Sensibilisierung für Bayerische Ehrenamtskarte und „München dankt!“

Antrag

- I) Die Stelle für interkulturelle Arbeit legt ein Konzept vor, wie Münchner Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund ab Herbst 2019 in Kooperation mit dem Migrationsbeirat und den Münchner MigrantInnenorganisationen ausreichend über die Einführung der Bayerischen Ehrenamtskarte und die Auszeichnung „München dankt!“ informiert werden können. Teil des Konzepts soll der Ausbau von Antragswerkstätten sein.
- II) Die Informationswebsite, ein Informationsschreiben zur Einführung der Bayerischen Ehrenamtskarte und die entsprechenden Antragsformulare werden ab Herbst 2019 in den Sprachen der 10 größten MigrantInnengruppen in München angeboten. Bei Bedarf werden Dolmetscherdienste vorgehalten.
- III) Das verantwortliche Verwaltungspersonal wird regelmäßig interkulturell geschult und für etwaige Ehrenamtsstrukturen abseits des klassischen Münchner Vereinswesens sensibilisiert.

Begründung:

Ab Herbst 2019 wird neben der Auszeichnung „München dankt!“ auch die Bayerische Ehrenamtskarte durch die Landeshauptstadt verliehen. Die Auszeichnungen werden ehrenamtlich besonders engagierten Bürgerinnen und Bürgern verliehen und bieten u.a. freien Eintritt in Kultur- und Freizeiteinrichtungen der Stadt. Auf diese Art soll bürgerschaftliches Engagement für die Stadtgesellschaft öffentlich gewürdigt werden.

Mehr als 40 Prozent der Münchnerinnen und Münchner haben einen Migrationshintergrund. Der Integrationsbericht 2017 zeigt in diesem Kontext, dass Menschen mit Migrationshintergrund mit 53 Prozent der Befragten am häufigsten ehrenamtliches Engagement vorweisen konnten. Im Kontrast dazu zeigt die Befragung, dass die Auszeichnung „München dankt!“ im Jahr 2017 nur 56 Münchnerinnen und Münchnern mit Migrationshintergrund und nur 10 Ausländerinnen und Ausländer verliehen wurde. Demgegenüber stehen 665 Auszeichnungen für Menschen ohne Migrationshintergrund.

Die Einführung der Bayerischen Ehrenamtskarte sollte angesichts dieser Zahlen zum Anlass genommen werden, die Quote der Auszeichnungen für ehrenamtliches Engagement mit den genannten Maßnahmen einer größeren Zahl an Menschen mit Migrationshintergrund

zukommen zu lassen. Auf jeden Fall sollten die bereits pilothaft umgesetzten Antragswerkstätten in Kooperation mit den hiesigen MigrantInnenorganisationen und Trägern der Integrationsarbeit intensiviert werden.

Zu beachten ist insgesamt, dass das in Vereinen strukturierte Ehrenamt wie es in Deutschland gehandhabt wird nicht weltweit verbreitet ist und deswegen auch eine erhöhte Sensibilisierung des Verwaltungspersonals für Engagement abseits der vermeintlichen Norm sinnvoll ist. Auch dies kann in Kooperation mit Migrationsbeirat und den Münchner MigrantInnenorganisationen geschehen.

Ungeachtet der Herkunft hat bürgerschaftliches Engagement eine entsprechende Würdigung durch die Stadt verdient und sollte auf jeden Fall auch die Vielfalt unserer Stadt widerspiegeln, um das städtische Miteinander zu stärken. Die genannten Maßnahmen können hierzu einen nicht zu unterschätzenden Beitrag im breiten Spektrum notwendiger Integrationsmaßnahmen leisten.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste:

Katrin Habenschaden

Dominik Krause

Dr. Florian Roth

Jutta Koller

Anja Berger

Oswald Utz

Sebastian Weisenburger

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 08.11.2019

Integration heißt Chancen bieten VI – Partizipationsprojekt self_starter wiederaufnehmen

Antrag

Das Sozialreferat legt ein Konzept vor, wie ab 2020 das Projekt self_starter als jährlich stattfindendes städtisches Angebot der Stelle für Interkulturelle Arbeit in Kooperation mit den entsprechend geeigneten sozialen Trägern in München fest verankert werden kann.

Begründung

Das Projekt self_starter wurde bereits von Oktober 2013 bis September 2016 durch die IG-Initiativgruppe – Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V. in Kooperation mit dem Projekt MIKADO – Jugendkultur und Bildung sehr erfolgreich umgesetzt. Einem Antrag beim Stadtjugendamt auf Fortsetzung des Projekts wurde damals jedoch nicht stattgegeben.

Das Projekt soll Münchner Jugendliche mit und ohne Migrationsgeschichte und Jugendliche mit Fluchterfahrung zwischen 16 und 26 Jahren auf die politische Partizipation vorbereiten. Die Jugendlichen nehmen dabei an diversen Workshops, Seminaren und Bildungsreisen zum Thema teil.

Mehr als 40 Prozent der Münchnerinnen und Münchner haben einen Migrationshintergrund. Der Anteil an Münchnerinnen und Münchnern in den Bezirksausschüssen und im Stadtrat liegt jedoch weit darunter. Nur, wenn allen Jugendlichen von Anfang die Chance auf Partizipation gegeben wird, kann München seiner gelebten Weltoffenheit auch politisch repräsentativ gerecht werden. Das Projekt self_starter kann dazu einen wertvollen Beitrag leisten.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste:

Katrin Habenschaden
Dominik Krause
Dr. Florian Roth
Jutta Koller
Anja Berger
Oswald Utz
Sebastian Weisenburger

Mitglieder des Stadtrates